

Bern, März 2020



WER WIR SIND – WAS WIR DENKEN

Was Schülerinnen und Schüler interessiert

Für Schulvorträge

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Die SP Kanton Bern in Zahlen	3
So funktioniert die SP Kanton Bern	4
Was wir denken über...	6
Warum SP? - kurz und bündig	10
Ein wenig Geschichte...	11
- Die Arbeiterbewegung	
- Jugendorganisation JUSO	18
Literaturliste	19
Einige wichtige Adressen	20

Impressum

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (Hrsg.)

Monbijoustrasse 61, Postfach 2947, 3001 Bern

www.spbe.ch; sekretariat@spbe.ch

DIE SP KANTON BERN IN ZAHLEN

Stand März 2020

125 SP-Sektionen, verteilt im ganzen Kanton, bilden die Basis der Partei. Die Kantonalpartei zählt rund 6'300 Mitglieder.

5 Sektionen mit 174 Mitgliedern sind französischer Sprache. Diese Sektionen sind im Parti Socialiste du Jura bernois (PSJB) zusammengeschlossen. Zudem hat es in Biel eine Sektion PS Bienne-Romand für französisch sprechende Bieler*innen.

Die SP des Kantons Bern zählt zudem rund 2500 eingeschriebene SympathisantInnen.

Im Grossen Rat des Kantons Bern sitzen 160 Mitglieder. 39 davon bilden die SP-JUSO-PSA Fraktion; davon sind 24 Mitglieder Frauen. Der Stimmenanteil betrug bei den letzten kantonalen Wahlen 22,2% (25. März 2018).

Im Regierungsrat sind wir vertreten durch Evi Allemann, Direktorin der Direktion für Inneres und Justiz und Christoph Ammann, Wirtschafts-, Energie und Umweltdirektor.

Die SP Schweiz ist im Nationalrat mit 39 NationalrätInnen vertreten (total 200 Sitze), im Ständerat mit 9 StänderätInnen (von 46 Sitzen). Im Kanton Bern (24 Sitze) ist die SP mit 4 NationalrätInnen vertreten, drei Frauen und ein Mann: Nadine Masshardt, Tamara Funicello, Flavia Wasserfallen und Matthias Aebischer. Seit den eidgenössischen Wahlen 2011 vertritt Hans Stöckli die SP Kanton Bern im Ständerat (2 Sitze für den Kanton Bern).

Im Bundesrat ist die SP mit Bundesrat Alain Berset, Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern und Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Vorsteherin des Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation vertreten. Simonetta Sommaruga wurde am 22. September 2010 als erste Vertreterin der SP Kanton Bern in den Bundesrat gewählt.

SO FUNKTIONIERT DIE SP KANTON BERN

Sektionen

Wer der SP beitrifft, wird Mitglied einer Sektion - in der Regel jener der Wohngemeinde oder des Quartiers. In der Schweiz gibt es über 900 SP-Sektionen mit rund 30'000 Mitgliedern, im Kanton Bern sind es 125 Sektionen mit etwa 6'300 Mitgliedern. Die Mitgliedschaft weitet sich gleichzeitig auf die SP Kanton Bern und auf die SP Schweiz aus. Jede Sektion hat weitgehende Autonomie, vor allem in Bezug auf ihre Aktivitäten in der eigenen Gemeinde oder im eigenen Quartier. Sie bilden das „Herz“ der Partei und leisten die Basisarbeit. Die Sektionen sind unterschiedlich zusammengesetzt und unterschiedlich aktiv. Die meisten laden zu regelmässigen Versammlungen ein, diskutieren aktuelle politische Themen und tragen zur Meinungsbildung bei. Sie nominieren VertreterInnen für Kommissionen und unterstützen Kandidaturen auf allen politischen Ebenen.

Parteitag

Oberstes Organ der Partei ist der Parteitag. Der Parteitag, zusammengesetzt aus den Sektionsdelegierten und MandatärInnen auf der kantonalen und eidgenössischen Ebene, entscheidet unter anderem über Lancierung von kantonalen Initiativen, über Kandidaturen für Regierungs- National- und Ständerat. Er wählt die Parteigremien, entscheidet über Finanzen und Statuten.

Regionalverbände

Die Sektionen einer Region sind im Regionalverband zusammengeschlossen. Die Regionalverbände kümmern sich vor allem um die Wahlen für den Grossen Rat und führen eigene Tagungen und Bildungsveranstaltungen durch. Im Kanton Bern gibt es 7 Regionalverbände: Berner Jura, Biel.Bienne-Seeland, Oberaargau, Emmental, Bern-Mittelland, Thun und Oberland.

Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung ist das strategische Führungsgremium der Partei und tagt 10 Mal jährlich. Sie behandelt politisch aktuelle Themen und gibt Stellungnahmen ab.

Parteileitung

Die Parteileitung ist das operative Führungsgremium der Partei. Ihr gehören das Parteipräsidium, das Fraktionspräsidium sowie das Sekretariat an. Die Parteileitung führt das Tagesgeschäft mit der Planung und Organisation von Veranstaltungen und Gremien, mit der Medienarbeit und den Kontakten zu anderen Organisationen.

Das Parteisekretariat

Die SP des Kantons Bern hat ein professionelles Sekretariat mit fest angestelltem Personal. Das Parteisekretariat gibt Impulse für die politische Tätigkeit der Partei, erledigt alles Administrative, ist für die Kommunikation nach innen und aussen zuständig, begleitet Kommissionen und Gremien, organisiert Abstimmungs- und Wahlkampagnen, bereitet Tagungen und Bildungsveranstaltungen vor und stellt Werbemittel her.

Arbeitsgruppen

Ganz wichtig sind in der SP auf allen Ebenen die Kommissionen und Arbeitsgruppen. Hier treffen sich Fachleute und Interessierte, um zu aktuellen politischen Fragen Antworten zu finden und Stellungnahmen zuhanden der Partei zu formulieren.

SP-Frauen

Jede Frau, die der SP beitrifft ist automatisch auch Mitglied der SP Frauen Kanton Bern. Die SP Frauen des Kantons Bern bilden eine unabhängige Gruppe innerhalb der Partei. Sie bieten Kurse, Veranstaltungen und Bildungsangebote an, welche die Politik aus Frauensicht beleuchten und die frauenpolitischen Anliegen unterstützen. Sie bearbeiten politische Themen und geben Stellungnahmen ab.

JUSO

Die JUSO (JungsozialistInnen) sind die offizielle Jugendorganisation der SP. Bei den JUSO finden sich junge, politisch aktive Frauen und Männer zwischen 15 und 25 Jahren. Im Kanton Bern haben die JungsozialistInnen frischen Wind in den Grossen Rat gebracht: Sie haben 1998 drei Sitze erobert. 1999 wurde mit Ursula Wyss erstmals eine Vertreterin der JungsozialistInnen in den Nationalrat gewählt. Bei den Nationalratswahlen 2003 wurde Ursula Wyss wiedergewählt und mit Evi Allemann gewannen die JUSO einen zweiten Sitz. Seit den Nationalratswahlen 2019 ist die JUSO mit Tamara Funciello im Nationalrat vertreten.

Sektionen der JUSO im Kanton Bern:

- ◆ JUSO Stadt Bern
- ◆ JUSO Biellingue (Biel)
- ◆ JUSO Köniz
- ◆ JUSO Oberaargau
- ◆ JUSO Emmental
- ◆ JUSO Thun / Berner Oberland

SP 60+

Für die SP-Mitglieder ab 60 Jahren gibt es die SP 60+ Kanton Bern sowie vier regionale SP 60+-Gruppierungen:

- Oberland/Thun
- Bern-Agglomeration
- Oberaargau/Emmental
- Biel.Bienne-Seeland

Die 60+-Gruppierungen organisieren jeweils 2-3 Veranstaltungen jährlich zu politischen, kulturellen sowie altersspezifischen Themen. Weiter werden auch Ausflüge durchgeführt und allgemein die Geselligkeit gelebt.

SP MigrantInnen

2017 haben sich die SP MigrantInnen Kanton Bern gegründet und wurden 2018 vom Parteitag offiziell in die SP Kanton Bern aufgenommen. Die SP MigrantInnen stehen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund offen. Sie befassen sich mit Themen, welche Menschen ohne Schweizer Pass betreffen, engagieren sich bei betreffenden Abstimmungskampagnen und unterstützen SP-Kandidierende mit Migrationshintergrund. Einmal jährlich findet eine Hauptversammlung statt, zusätzlich gibt es Mitgliederversammlungen.

WAS WIR DENKEN ÜBER...

Ziel und Richtschnur gemeinschaftlichen und staatlichen Handelns ist für die SP eine solidarische Gesellschaft, die allen Menschen die gleichen Chancen gibt und dort für sozialen Ausgleich sorgt, wo Menschen in Abhängigkeit oder materielle Not geraten.

Auf den folgenden Seiten fassen wir die Haltung der SP in kurzen Texten zu einer Reihe von politischen Stichworten zusammen.

Arbeit

Wir sind der Überzeugung, dass Frauen und Männer das Recht auf bezahlte Arbeit haben und sich gleichermassen an der unbezahlten Arbeit beteiligen sollen. Erst dann gibt es eine echte Wahl zwischen Berufs-, Erziehungs- und Hausarbeit. Eltern sollen sich die Erziehungsarbeit teilen können, ohne Nachteile in Beruf und Sozialversicherungen in Kauf nehmen zu müssen.

Es braucht Teilzeitstellen, die sich im Lohn und in der Qualität nicht von Vollzeitstellen unterscheiden. Existenzsichernde Löhne bei voller Erwerbstätigkeit sind zwingend.

Immer mehr Menschen erkennen, dass Wachstum, materieller Wohlstand und Lohn nicht die alleinigen Ziele für sie persönlich und für die Gesellschaft sein können. Wer weniger bezahlte Arbeit verrichtet, hat mehr Freizeit und Sozialzeit zur Verfügung.

Armut

Armut, bis vor wenigen Jahren in der Schweiz ein Problem von „Randgruppen“, kann heute jeden und jede treffen. Noch nie war der Besitz so ungleich verteilt wie heute. Drei bis vier Prozent der Menschen besitzen in der Schweiz mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens. Von Armut besonders gefährdet sind Alleinerziehende, Familien mit Kindern und schlecht Ausgebildete. Armut ist keine Schande für die Betroffenen, wohl aber für ein reiches Land wie die Schweiz. Vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen steht für die SP fest: Wir fordern existenzsichernde Löhne und Unterstützung von Familien.

Asyl

SP und Gewerkschaften haben in ihrer Geschichte im In- und Ausland selbst immer wieder politische Unterdrückung erlebt. Solidarität mit politisch Verfolgten aus aller Welt ist darum ein traditionelles sozialdemokratisches Anliegen. Asyl bedeutet für uns, Verfolgte zu schützen und ihnen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen. Die Asylverfahren für Verfolgte dauern momentan viel zu lange und müssen im Interesse gerade auch der Asylsuchenden verkürzt werden. Der Rechtsanspruch auf einen sicheren Aufenthalt für Verfolgte muss gewahrt werden. Für Personen, die nach einem fairen Asylverfahren nicht als schutzbedürftig anerkannt worden sind, braucht es einen konsequenten Vollzug, damit sie die Schweiz möglichst schnell wieder verlassen. Für Personen jedoch, die sich seit Jahren in der Schweiz aufhalten, muss eine Härtefallregelung gefunden werden, die deutlich großzügiger ist als die heutige.

Bildung

Ausschlaggebend für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft eines Landes ist das Bildungswesen. Am nachhaltigsten wirken sich dabei die Investitionen in die Grundausbildung aus. Ihre Qualität bestimmt in entscheidendem Masse den Erfolg in den nachfolgenden Bildungsstufen und die Einstellung zur heute unumgänglichen Weiterbildung.

Unser Schulsystem mit seiner unentgeltlichen Volksschule ist in seinem Grundsatz gut und beispielhaft. Die Volksschule soll eine offene Schule für alle Schichten bleiben, die Integration aller Kinder ermöglichen und Chancengleichheit bieten. Schulische Lernziele sollen sowohl die Fachkompetenz als auch soziale Fähigkeiten umfassen.

Die Anforderungen an die Berufsleute sind strenger geworden. Das hat zur Folge, dass die Berufsbildung anspruchsvoller geworden ist. Der schulische Anteil der Ausbildung nimmt in anspruchsvollen Berufen zu. Damit die Unternehmen wieder mehr Ausbildungsplätze anbieten, brauchen wir einen Lastenausgleich zwischen Betrieben, die Lehrlinge ausbilden, und solchen, die keine Lehrstellen anbieten.

Ein Studium muss weiterhin erschwinglich bleiben. Deshalb wehren wir uns gegen die Einführung eines Schulgeldes auf der Sekundarstufe II und gegen die Erhöhung der Studiengebühren an den Universitäten. Fort- und Weiterbildung wird künftig das Leben aller Menschen begleiten. Sie muss deshalb in guter Qualität und zu erschwinglichen Preisen für alle zugänglich sein.

Europa

Europa entwickelt sich zu einem grossen Binnenmarkt, die Währungsunion ist Tatsache. Die europäische Integration findet statt - mit oder ohne Schweiz. Bereits heute muss die Schweiz in vielen Bereichen die EU-Normen (z.B. beim Export) sowie EU-Gesetzgebung nachvollziehen, da sie mit rein schweizerischen Lösungen „als Insel“ nicht überleben kann. Die Schweiz sollte nicht nur Vorgaben nachvollziehen, sondern diese auch mitbestimmen. Die bilateralen Lösungen mit der EU (abschliessen von bilateralen Verträgen in einzelnen Bereichen wie Energiepolitik) ermöglichen eine enge Zusammenarbeit mit den 27 EU-Ländern. Die Verhandlungen dabei werden immer anspruchsvoller, da die EU immer weniger bereit ist, die „Sonderwünsche“ der Schweiz zu akzeptieren. Mittelfristig muss sich die Schweiz entscheiden, wie stark sie sich an Europa binden will.

Finanzen

Die SP setzt sich für die Sanierung des Staatshaushaltes durch den Umbau des Steuersystems ein. Die SP will eine gerechte Besteuerung aller BürgerInnen und keine Steuergeschenke an die Reichen. Steuerbetrug und Steuerhinterziehung müssen verfolgt und bestraft werden. Die Massnahmen müssen sozialverträglich sein und Steuergerechtigkeit herstellen. Angestrebt werden weiter eine ökologische Steuerreform und die Besteuerung der Kapitalgewinne.

Gesundheit

Die SP ist sich bewusst, dass der hohe Standard unserer Gesundheitsvorsorge seinen Preis hat. Im Zentrum steht die Versorgungssicherheit aller. Allerdings ist dieser Preis für Leute mit tieferem Einkommen aufgrund des Kopfprämien-Systems in der Krankenversicherung kaum mehr zahlbar. Die SP will die ungerechten Krankenkassenprämien pro Kopf abschaffen und setzt auf neue Modelle in der Gesundheitspolitik. Zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen braucht es verbesserte Absprachen zwischen den Kantonen, um Doppelspurigkeiten zu verhindern, sowie mehr Information und Anreize zur Gesundheitsvorsorge. Die spitalexterne Pflege (Spitex) soll ausgebaut und eine angemessene Entschädigung nachbarschaftlicher und familiärer Hilfe geleistet werden. Kinder sollten keine Prämien mehr bezahlen, die unsolidarischen und teuren Konkurrenzkämpfe zwischen einzelnen Krankenkassen müssen abgeschafft werden.

Gleichstellung

Laut Verfassung sind Frauen und Männer seit 1981 gleichberechtigt. Trotzdem ist der Bedarf an Veränderungen zugunsten der echten Gleichberechtigung noch immer gross. Die SP setzt sich sowohl für die rechtliche, als auch für die wirtschaftliche Gleichstellung ein, im Besonderen für die gerechte Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern. Dringend nötig sind mehr Krippen, Tageschulen, Elternurlaub und gerechte Anpassung bei den Sozialversicherungen. Auf dem Buckel der Frauen ausgetragene Gleichstellung, wie zum Beispiel die Erhöhung des Rentenalters für Frauen und die Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen (der Umwandlungssatz bestimmt, wie viel Prozent des angesparten Kapitals den Pensionierten ausbezahlt wird), lehnt die SP ab.

Integration

Integration steht für den Austausch zwischen Personen unterschiedlicher Kulturen. Sie betrifft alle – AusländerInnen und SchweizerInnen. AusländerInnen sollen in die öffentlichen und privaten Netze eingebunden werden und freien Zugang zum gemeinsamen Gut, wie Bildungs- und Gesundheitswesen haben. Sie sollen am politischen Entscheidungsprozess teilnehmen können. Die SP erwartet, dass der Staat unentgeltliche Angebote für eine schnelle Integration anbietet (z. B. Sprachkurse), aber auch, dass die AusländerInnen sich aktiv bemühen, sich zu integrieren. AusländerInnen müssen unsere Gesetze respektieren und unsere Werte des Zusammenlebens anerkennen.

Öffentlicher Verkehr

Die SP setzt sich dafür ein, der gesamten Bevölkerung über ein kundengerechtes Angebot im öffentlichen Verkehr eine angemessene Mobilität zu garantieren. Das Umsteigen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel ist konsequent zu fördern.

Service Public

Der Service Public hat die Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen zu sichern. Der Staat trägt dafür die Verantwortung. Eine einseitige Marktorientierung genügt nicht. Die Versorgung der Bevölkerung soll sich sozial und ökologisch nachhaltig auswirken.

Umwelt

Die SP ist eine rotgrüne Partei. Ihre „roten“ Werte sind der Einsatz für Gerechtigkeit und Chancengleichheit gegen Benachteiligung und Ausbeutung. Die SP steht aber genauso für einen rücksichtsvollen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt ein: Begrenzte Ressourcen sollen nicht geplündert werden, jedes Leben verdient Achtung und Schutz, unsere Lebensgrundlagen dürfen keinem Gewinnstreben geopfert werden. Viele Umweltprobleme können nur radikal gelöst werden: Giftstoffe sollen gar nicht produziert und Risiko-Techniken, wie Genmanipulation oder Atomenergie sollen gar nicht angewendet werden. Die SP fordert staatliche Beiträge für die ökologisch betriebene Landwirtschaft, kurzfristige Reduktion der CO₂-Emissionen und den Ausstieg aus der Atomenergie. Energieeffizienz und die Forderung von erneuerbaren Energien müssen vermehrt vom Staat aktiv unterstützt werden.

Wirtschaft

Die schweizerische Wirtschaft wandelt sich immer schneller zu einer Dienstleistungswirtschaft. Die Arbeitsplätze im industriellen Sektor gehen verloren bzw. werden in Billiglohnländer ausgelagert. Andererseits werden im Bereich der Finanzdienstleistungen und der Hightechnologie neue Arbeitsplätze geschaffen. Arbeitskräfte mit immer anderen Qualifikationen sind gefragt. Der Strukturwandel verlangt ständige Weiterbildung und Umschulung der Arbeitskräfte. Ein gutes Bildungswesen und qualifizierte Arbeitskräfte sind heute wichtig für eine florierende Wirtschaft. Die SP verlangt deshalb vom Staat, dass er in Bildungswesen investiert statt spart. Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, die eine nachhaltige (ressourcen- und umweltschonende) Wirtschaft ermöglichen. Gewinn kann nicht das einzige Ziel einer sozial- und umweltverträglichen Wirtschaft sein. Auch hier steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Gewinn von Unternehmen.

WARUM SP? – KURZ UND BÜNDIG

- weil** sich die SP für die Erhaltung und den Ausbau sozialer Netze und notwendiger Unterstützungsangebote, die für alle Menschen ein Leben in Würde ermöglichen, einsetzt.
- weil** sie Wege aufzeigt, die vorhandene Arbeit auf mehr Hände umzuverteilen, im Wissen darum, dass Erwerbslosigkeit zu Armut führt und das dem reichsten Land der Welt nicht würdig ist.
- weil** sie sich für die Gleichstellung von Mann und Frau engagiert und die Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit anstrebt und damit die Grundlage für ein partnerschaftliches Zusammenleben schafft.
- weil** sie sich für die Energiewende einsetzt und mit dem Ausstieg aus der Atomenergie, der Förderung rationeller Energienutzung und erneuerbarer Energien eine nachhaltige Energiepolitik verfolgt.
- weil** sie die Bildung als wichtigsten Rohstoff unseres Landes betrachtet und deshalb kurzfristige Sparübungen in diesem Bereich ablehnt. Sie fordert Lehrstellen für alle und setzt sich für ein lebenslanges Lernen ein.
- weil** sie der Ansicht ist, dass auch die Reichen und Vermögenden ihren Beitrag zur Sanierung der öffentlichen Finanzhaushalte leisten sollen und deshalb Steuerschlupflöcher dringend gestopft werden müssen.
- weil** sie mit einer ökologischen Steuerreform die nicht erneuerbaren Umweltgüter besteuern und die Arbeit durch eine Senkung der Lohnnebenkosten bevorzugen will.
- weil** sie die Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker ernst nimmt und sie in ihrer Arbeit unterstützt.
- weil** die SP die Partei der Zukunft ist.
- weil** die SP nicht ausgrenzt.
- weil** die SP genau hinschaut und lösungsorientierte Vorschläge bringt.

EIN WENIG GESCHICHTE...

Die Arbeiterbewegung

Aus Tappelbrüdern und Wandergesellen werden organisierte, politisierte Männer

In der vorindustriellen Zeit waren die Handwerker in Zünften organisiert. Meister und Gesellen gehörten der gleichen Zunft an. Zur Ausbildung gehörte, dass ein Geselle Wanderjahre machte (Tappelbruder, Walzbruder, Wandergeselle). Auf diesen Wanderungen verdingten sie sich bei einem Meister für eine gewisse Zeit, dann zogen sie weiter. Die Handwerksgelesen besaßen ein weitgespanntes Informationsnetz. Darüber wurde mitgeteilt, welche Erfahrungen ein Geselle bei einer Meisterfamilie machte. Schon im Mittelalter organisierten sie Selbsthilfe (Unterstützungskassen, Arbeitsvermittlung etc.), mit der sie sich gegen übermächtige Handwerksmeister zu wehren versuchten, zugleich aber auch Vorsorge betrieben. In Deutschland gibt es noch heute das Kolpingwerk. Tappelbrüder aus der Zimmermannszunft nannte man bei uns Hamburger.

Handwerker

Die Industrialisierung gefährdete mit der aufkommenden Massenproduktion die selbständigen Handwerker. Sie nahm den Gesellen die wirtschaftliche Basis, die Möglichkeit, sich auf der Walz weiterzubilden, da nur noch sehr wenige Arbeitsplätze bei Meistern zu finden waren.

1833-
1836

entstanden in der Schweiz zur Selbsthilfe Handwerkervereine und Gesellenorganisationen. Dazu wurden Handwerkerschulen gegründet. Die Vorläufer unserer Sekundarschulen. Die Schweiz hatte damals offene Grenzen. Unter die Gesellen mischten sich bald politisch Verfolgte vor allem aus Deutschland.

Handwerkervereine

1834

schlossen sich die deutschen Handwerksvereine zum Jungen Deutschland zusammen, einem Geheimbund, der sich gegen die Herrschaftsverhältnisse in Deutschland richtete. Aus den Handwerkervereinen, welche die Selbsthilfe, die Bildung und die Unterhaltung als Ziele hatten, wurden politische Vereine.

- 1838 Genf wurde in den vorangehenden Jahren zu einem Sammelbecken von Deutschschweizern, vor allem aus Appenzell und Glarus. Es waren Bauernburschen, die durch das Erbrecht keinen Erwerb mehr hatten. In Genf suchten sie Arbeit. Nun gründeten sie den ersten Grütliverein. Ziel war die Pflege des Heimatgefühls, Erinnerungsfeiern an die Landsgemeinden und die Kulturpflege.
- Der Name „Grütli“ kommt daher, dass die Genfer das Wort „Rütli“ nicht aussprechen konnten. Für sie war es „Le Chrütli“.
- 1843 entstand der Schweizerische Grütliverein. Ihm gehörten bis 1864 hundert Sektionen mit rund 3'500 Mitgliedern an. Ziel des Vereins war „durch Bildung zur Freiheit“. Die Vereine widmeten sich der menschlichen und fachlichen Weiterbildung und der Pflege der Unterhaltung durch Gesang, Theater und Lesen. Die Grütlivereine wurden nach und nach auch politisch aktiv, nachdem sich die Gesellschaft immer mehr zur Klassengesellschaft entwickelte: Ausbeuter - Ausgebeutete, Besitzende – Besitzlose, Unabhängige – Abhängige, Herrschende – Beherrschte. So setzte sich der Schweizerische Grütliverein ein für die direkte Demokratie, für ein staatspolitisches Konzept, welches verlangte, dass sich der Staat für die Schwachen einsetze. Dazu ergriff er Selbsthilfemassnahmen, so zum Beispiel in der Krankenversicherung (Grütli-Krankenkasse).
- 1851 Arbeiter gründeten auf Initiative von Johann Jakob Treichel den Zürcher Konsumverein, eine Genossenschaft, als Selbsthilfeorganisation gegen die kapitalistische Produktionsweise und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterschaft. Die Genossenschaftsidee nahm rasch einen starken Aufschwung. In vielen Städten und Dörfern entstanden örtliche Konsumgenossenschaften. Sie bildeten die Basis für die spätere COOP Schweiz.
- 1857 gründeten Buchdruckergesellen die erste gewerkschaftliche Organisation, die Typographengewerkschaft.
- 1873 In Olten wird der Alte Arbeiterbund gegründet. 10 Vertreter von Grütlivereinen, 10 von kantonalen oder lokalen Arbeiterverbänden, 16 der deutschen Arbeiterverbände, 25 von lokalen Gewerkschaften

Grütliverein

Konsumvereine

1. Gewerkschaft

Alter Arbeiterbund

und 5 der Fédération jurassienne waren anwesend, die gesamthaft einen Mitgliederbestand von 6'000 Personen auswiesen.

- | | | |
|------|---|----------------------------|
| 1874 | Der Schweizerische Grütliverein und der Alte Arbeiterbund waren wesentlich daran beteiligt, dass die Bundesverfassung angenommen wurde. Sie verpflichtete den Bund, einheitliche Bestimmungen über die Kinderarbeit und die Dauer der Arbeit zu erlassen. Erster Arbeitersekretär wurde Hermann Greulich. | Bundesverfassung |
| 1877 | Das erste Fabrikgesetz wird angenommen. Der 11-Stunden-Tag, die Haftung der Unternehmer bei Unfällen und eine Beschränkung der Kinderarbeit werden eingeführt. | Fabrikgesetz |
| 1880 | Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wird als Nachfolgeorganisation des Alten Arbeiterbundes gegründet. | |
| 1888 | Nach dem bereits 1870 durch Hermann Greulich ein erster und 1880 ein zweiter Versuch scheiterten die Sozialdemokratische Partei zu gründen, kam es 1888 zur definitiven Gründung. Initiator war diesmal der Berner Patrizier und Fürsprecher Albert Steck. Hintergrund war eine Spaltung im Grütliverein. Der Grütliverein nahm eine Zwitterstellung zwischen Links-Freisinn und Sozialdemokratie ein. Er lehnte zum Beispiel in einer Urabstimmung Sonderbeiträge für eine Streikkasse ab. Der Grütliverein distanzierte sich denn auch von den Sozialdemokraten. Viele Mitglieder traten aus dem Grütliverein aus und wurden Mitglied der SP. Er verlor immer mehr an Bedeutung. 1901 schloss er sich der SP Schweiz an (Solothurner Hochzeit). Die SP lancierte bereits in den ersten Jahren die Volksinitiative für „Recht auf Arbeit“. Die Initiative verlangte, dass der Staat nicht nur die Interessen des Kapitals wahrnehmen solle, sondern auch für die Interessen der Arbeiterschaft einzustehen habe. Die Initiative wurde 1893 in der Volksabstimmung abgelehnt. | Sozialdemokratische Partei |
| 1889 | Die Schweizerische Arbeiterbewegung feiert zum ersten Mal den Tag der Arbeit, den 1. Mai. | 1. Mai |
| | Militär im Einsatz gegen die Arbeiterbewegung | |
| | Die Zeit vor 1914 war die grosse Zeit der Friedensbewegung. Vor allem in der Arbeiterbewegung wurde die Parole ausgegeben: Nie wieder Krieg. | Not im 1. Weltkrieg |

Dann spitzte sich die politische Lage zu. Kriegsdrohungen wurden ausgesprochen.

1914

Der erste Weltkrieg bricht aus. Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zur Landesverteidigung. Sie verzichtet bewusst auf ihre Klasseninteressen und auf eine Oppositionspolitik. Diese Haltung wurde aber schlecht belohnt. Für die Arbeiter und ihre Familien war während dem Aktivdienst nicht gesorgt. Sie hatten kein Einkommen. Die Lebensmittel wurden durch den Schwarzhandel teuer, die Rationierung setzte spät ein. Die Lebenshaltungskosten stiegen in den vier Kriegsjahren durchschnittlich um 130%. Viele Arbeiter mussten zur Kenntnis nehmen, als sie nach Hause kamen, dass sie ihre Arbeitsstelle verloren hatten. Es gab keinen Kündigungsschutz. Während die Arbeiterschaft verarmte, machten einige wenige riesige Kriegsgewinne.

Gleichzeitig wurde auch die Militärjustiz verschärft und das Militär zur Herstellung von Ruhe und Ordnung im Lande eingesetzt (1917 November-Unruhen in Zürich).

Ruhe und Ordnung

Die Arbeiterschaft griff immer mehr in Städten und Dörfern zum Streik und hielt grosse Volksversammlungen im Freien ab, an denen gegen die grosse Not, gegen die Ausbeutung protestiert wurde.

1918

führt der Bundesrat eine obligatorische Hilfs- und Zivildienstpflicht einzuführen. Damit wird die gesamte männliche Bevölkerung der Befehlsgewalt der Armee unterstellt.

Militarisierung

Die Arbeiterbewegungen stellten Lohnforderungen, um die während dem Krieg aufgelaufene Teuerung aufzufangen. In Zürich streikte sogar das Bankpersonal. Am 5. November erliess der Bundesrat zur Bekämpfung der Arbeiterunruhen in Zürich ein Truppenaufgebot.

Unter dem Druck der Arbeiter rief das Oltener Komitee den Generalstreik aus. Er begann am 11. November. In der ganzen Schweiz streikten ca. 300'000 Arbeiter. Der Bundesrat seinerseits bot 100'000 Soldaten auf. Es waren vor allem Kavalleristen, der bürgerlichen Mehrheit ergebene Bauern. Sehr rasch begann in der Westschweiz und bei den Eisenbahnern die Streikfront abzubröckeln. Der Bundesrat setzte das Oltener Komitee

Generalstreik

unter Druck. Am 13. November wurde der Streik abgebrochen.

Von den neun Generalstreikforderungen wurden zwei erfüllt:

- Einführung der Proporzahlen
- Einführung der 48-Stundenwoche

Abgelehnt wurden sofortige Neuwahlen, das aktive und passive Frauenwahlrecht, die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht, die Reorganisation der Armee zu einem Volksheer, die Alters- und Invalidenversicherung, das Staatsmonopol für Importe und Exporte, die Tilgung der grossen Staatsschulden durch die Besitzenden.

Herausragende Persönlichkeit im Oltener Komitee war der Berner Nationalrat Robert Grimm. Er wurde anschliessend verurteilt und sass in Blankenburg eine Gefängnisstrafe ab. Robert Grimm wurde 1938 der erste SP-Regierungsrat im Kanton Bern.

Proporzahlen
48-Std.-Woche

1919

Erfolg des Generalstreiks. Die Nationalratswahlen werden erstmals nach dem Proporzverfahren durchgeführt. Die SP steigert sich von 20 auf 41 Mandate.

Erfolg in den Nationalratswahlen

ab 1920

Die zwanziger Jahre brachten eine Wirtschaftskrise. Die Arbeiterschaft in ganz Europa litt. Sie musste sich darauf konzentrieren, erworbene Rechte nicht zu verlieren. Das Bürgertum herrschte.

1933

Nach dem bereits in Italien Faschisten unter Mussolini die Herrschaft übernommen hatten, kam Hitler mit seinen Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht. In beiden Ländern wurde die Arbeiterbewegung zerschlagen, ihre Exponenten, dazu die Juden, die Kommunisten, die Romas und Homosexuelle in Arbeitslager oder Vernichtungslager verschleppt, in den Ghettos hingemordet (Holocaust). Hitler brachte die ganze Rüstungsindustrie in Schwung, baute erste Autobahnen. Die Arbeitslosen verschwanden in Deutschland von den Strassen.

Faschismus
Nationalsozialismus

Auch in der Schweiz griff das Bürgertum hart durch. Im November 1932 wurde in Genf Militär gegen eine antifaschistische Demonstration eingesetzt. Es kam zu einem Massaker mit 13 Toten und 70 Verwundeten.

1934	<p>Am 30. November wurde vom Gewerkschaftsbund und der SP die Kriseninitiative mit 334'669 Unterschriften eingereicht. Sie wollte dem Staat mehr Kompetenzen für die Arbeitsbeschaffung geben und forderte eine ausreichende Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe. Die Initiative wurde am 2. Juli 1935 mit 567'425 Nein gegen 425'242 Ja abgelehnt.</p> <p>Ja zur Landesverteidigung - Eintritt in den Bundesrat</p>	Kriseninitiative
1937	<p>Vier Gewerkschaften schliessen mit den Arbeitgebern das sogenannte Friedensabkommen. Fortschritte für die Arbeiterschaft sollen vor allem auf dem Verhandlungsweg erreicht werden.</p> <p>Die Sozialdemokratische Partei beschliesst an ihrem Parteitag, sich der „Richtlinienbewegung“ anzuschliessen, das heisst, sich hinter die Forderungen für eine verstärkte geistige und militärische Landesverteidigung einzusetzen</p>	Friedensabkommen Ja zur Landesverteidigung
1938	<p>Hitlers Truppen marschieren in Österreich und Polen ein. Die SP Schweiz bekennt sich zur Landesverteidigung.</p>	
1939	<p>Der zweite Weltkrieg beginnt. In der Schweiz erfolgt die Generalmobilmachung. Die Waren für den Lebensbedarf werden rationiert. Die Arbeiter im Aktivdienst erhalten neben dem Sold eine Erwerbsausfall-Entscheidung.</p>	2. Weltkrieg
1943	<p>Mit dem Bekenntnis zur Landesverteidigung wurde die SP regierungsfähig. Ernst Nobs wird als erster SP-Bundesrat gewählt. Die SP hatte schon in den 20er und 30er Jahren immer wieder versucht, in den Bundesrat gewählt zu werden. Alle diese Versuche waren gescheitert.</p> <p>Die SP Schweiz lehnt einen Zusammenschluss mit den ehemaligen Kommunisten ab. So entstand die „Partei der Arbeit.“ Zu ihr zählten auch linke SP-Mitglieder, die mit der anpasslerischen Politik nicht mehr einverstanden waren.</p>	erster SP-Bundesrat
1945	<p>Der zweite Weltkrieg ist zu Ende. Weite Teile Europas sind zerstört. Durch den Krieg und in den deutschen Konzentrationslagern wurden Millionen von Menschen getötet.</p> <p>Europa wird geteilt in West- und Ostblock. Im Westen sorgt der amerikanische Marshallplan für einen raschen Wiederaufbau. Ein starker Wirtschaftsaufschwung setzt ein, der in Westeuropa</p>	Kriegsende

zu den goldenen sechziger Jahren führt. In den folgenden Jahren verschärfen sich die Gegensätze zwischen Ost und West. Der Kalte Krieg beginnt. Berlin-Ost wird durch eine Mauer von Berlin-West geteilt. Nato und Warschauerpakt rüsten auf mit modernsten Waffen, dazu gehören Raketen, atomare Sprengsätze, Giftgase etc.

In der Schweiz werden Linke (Sozialdemokraten, PdA) überwacht und über sie Fichen durch die Bundespolizei angelegt. Dies führt später zum sogenannten Fichenskandal.

- | | | |
|------|---|-------------------|
| 1953 | <p>In der Volksabstimmung vom 6. Dezember wird die von den eidgenössischen Räten verabschiedete Bundesfinanzreform abgelehnt. SP-Bundesrat Max Weber wurde von den bürgerlichen Parteien im Regen stehen gelassen. Er demissioniert noch am gleichen Abend als Bundesrat. Von diesem Zeitpunkt an ist die SP nicht mehr im Bundesrat vertreten sondern wieder in der Opposition zur Regierung wie vor 1943.</p> <p>Die Zauberformel für die Zusammensetzung des Bundesrates</p> | In die Opposition |
| 1959 | <p>Im Bundesrat gibt es vier Demissionen: 3 CVP- und 1 FDP-Bundesrat legen auf das Jahresende ihr Amt nieder. Dies gibt der SP Gelegenheit, den Anspruch auf 2 Bundesratssitze zu stellen. Die CVP, sie hatte den Sitz von Weber geerbt, signalisiert sofort Bereitschaft, auf einen Sitz zu verzichten. Die FDP schweigt. In der Wahl vom 17. Dezember werden zuerst 2 CVP-Bundesräte und Willy Spühler als SP-Bundesrat gewählt. Walther Bringolf, SP-Präsident, erreicht die notwendige Stimmenzahl nicht. Dafür erhält Hans-Peter Tschudi, als SP-Kandidat viele Stimmen. Im dritten Wahlgang lässt die SP-Fraktion ihren Präsidenten fallen und stimmt für Tschudi. Tschudi erreicht nun das notwendige Mehr und der Freisinnige Hand Schaffner wird nicht gewählt. Damit ist die sogenannte Zauberformel geboren: im Bundesrat sitzen je 2 Vertreter der FDP, der CVP und der SP und 1 Vertreter der SVP.</p> | Die Zauberformel |
| 1973 | <p>Die Bundesversammlung wählt nicht den offiziellen SP-Kandidaten Arthur Schmid, Parteipräsident, in den Bundesrat, sondern den Solothurner Regierungsrat Willi Ritschard. Ritschard hat sich vom Heizungsmonteur zum Gewerkschaftssekretär und dann zum Regierungsrat hochgearbeitet. Er wird deshalb als der erste Arbeiter im Bundesrat</p> | SP desavouiert |

bezeichnet. In der SP macht sich Unmut breit, dass die bürgerliche Mehrheit die SP desavouiert, in dem sie nicht den offiziellen Kandidaten wählte.

- | | | |
|------|---|---------------------------|
| 1983 | wurde nicht die offizielle SP-Kandidatin Liliane Uchtenhagen in den Bundesrat gewählt, sondern der Solothurner SP-Nationalrat Otto Stich. Uchtenhagen wäre die erste Bundesrätin gewesen. Nun platzt vielen Parteimitgliedern der Kragen. Sektionen, Kantonalparteien fordern, es sei ein ausserordentlicher Parteitag einzuberufen, um über die Frage der Regierungsbeteiligung zu diskutieren. Dieser Parteitag fand in Bern statt. Ein Austritt aus dem Bundesrat, weil die bürgerliche Mehrheit nicht die offizielle SP-Kandidatin in den Bundesrat wählte, wurde klar abgelehnt. | Regierung oder Opposition |
| 1993 | Durch den Rücktritt von Otto Stich entsteht im Bundesrat eine Vakanz. Die SP nominiert als Kandidatin Christiane Brunner. Die Bundesversammlung wählt aber Francis Matthey. Dieser demissioniert aber, bevor er das Amt angetreten hat. In einem zusätzlichen Wahlgang wird nun Ruth Dreifuss gewählt. Sie ist die erste SP-Bundesrätin. | erste SP-Bundesrätin |
| 2003 | Am 10. Dezember wird die Zauberformel gesprengt. Im Bundesrat sitzen neu 2 Vertreter der FDP und der SVP, eine Vertreterin und ein Vertreter der SP sowie ein Vertreter der CVP. Die SP stellt als einzige Partei eine Bundesrätin. | Zauberformel gesprengt |
| 2010 | Bei der Bundesrats-Ersatzwahl für Moriz Leuenberger wird Simonetta Sommaruga gewählt. Die SP des Kantons Bern stellt somit zum ersten Mal eine Bundesrätin. | |
| 2018 | Bei den Grossratswahlen vom 25. März 2018 legt die SP Kanton Bern um 5 Sitze zu. Die Fraktion umfasst neu 39 Grossratsmitglieder, 24 Grossrätinnen und 15 Grossräte (inkl. 2 Sitze PSA). | |
| 2020 | Die SP Kanton Bern stellt mit Simonetta Sommaruga und Hans Stöckli die Bundespräsidentin und den Ständeratspräsidenten. | |

Jugendorganisation JUSO

- einst Im Umfeld der Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei) entstanden Kinder- und Jugendorganisationen.
Für Schülerinnen und Schüler organisierten die Kinderfreunde und die Roten Falken an schulfreien Tagen Zusammenkünfte und in den Ferien Lager. Diese Organisationen wollten dem Jugendlichen aus den Arbeiterfamilien gemeinsames Tun, gemeinsames Erleben zu günstigen Bedingungen ermöglichen. Zum Teil wurden für die Zusammenkünfte und die Ferienhäuser errichtet. Zudem entstanden auch Jugendgruppen, die sich politisch betätigten.
- 1928 Gründung des Landesverbandes Sozialistischer Kinderfreunde Organisationen (LASKO), bestehend aus Eltergruppen und Roten Falken. LASKO
- heute Die politisch aktiven Jugendlichen sind in den JUSOS zusammengeschlossen. Sie gliedern sich in Sektionen, Kantonalparteien und sind in den JUSOS Schweiz zusammengeschlossen. Die JUSOS haben ein ständiges Sekretariat. Die Hauptkosten werden von der SP Schweiz getragen. Politisch sind die JUSOS aber von der Mutterpartei unabhängig. Sie sind aber auf allen Parteiebenen durch Delegierte vertreten und bestimmen die Politik der SP mit. Die JUSOS stellen auch bei Wahlen eigene Kandidatinnen und Kandidaten. JUSO
- 1997 wird Ursula Wyss erste JUSO-Grossrätin (Ersatzwahl). 1998 wurden auf der SP-Liste gleich 3 JUSO-Vertreterinnen in den bernischen Grossen Rat gewählt (Ursula Wyss, Mirjam Bütler und Evi Allemann). 1999 wird Ursula Wyss als Vertreterin aus dem Kanton Bern in den Nationalrat gewählt. 2003 wird sie wiedergewählt und zusätzlich erobert Evi Allemann einen Sitz im Nationalrat. 2019 wird Tamara Funciello als JUSO-Vertreterin auf der SP-Liste in den Nationalrat gewählt. JUSO Kanton Bern
- Die JUSOS befassen sich mit allen politischen Themen, insbesondere aber mit Bildungs- und Berufsbildungspolitik und dem Einbezug der Jungen in die politische Meinungsbildung. Sie sind Initianten der eidgenössischen Jugendsession und arbeiten in der Vereinigung der Jugendverbände aktiv mit.

Literatur

100 Jahre SP Kanton Bern

Klassenkampf(rhetorik) und Reformpolitik

h.e.p. verlag ag, Bern

100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Solidarität Widerspruch Bewegung

Limmat Verlag Genossenschaft Zürich, 1988

Schweizerische Arbeiterbewegung

Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart, Limmat Verlag Genossenschaft Zürich, 1975

Diese beiden Hauptwerke sind vergriffen. Sie können ausgeliehen werden:

Schweizerischen Landesbibliothek, Hallwylstrasse 15, Bern

Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Spitalgasse 34, Bern

Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Bibliothek/Archiv, Monbijoustrasse 61, Bern

Sozialarchiv Zürich

Robert Grimm

Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen

Limmat Verlag Genossenschaft, Zürich

Robert Grimm

Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz

Limmat Verlag Genossenschaft, Zürich

Elisabeth Joris, Heidi Witzig

Frauengeschichte(n)

Limmat Verlag Genossenschaft, Zürich

Liselotte Lüscher

Eine Frau macht Politik

Marie Boehlen 1911-1999

Limmat Verlag, Zürich

Einige wichtige Adressen

SP Kanton Bern

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Postfach 2947, 3001 Bern

Tel. 031 370 07 80

www.spbe.ch

E-Mail: sekretariat@spbe.ch

Co-Präsidium SP Kanton Bern

Ueli Egger /Grossrat

Stationsstrasse 17

3626 Hünibach

Mobile: 079 488 60 42

E-Mail: ueli.egger@sunrise.ch

Mirjam Veglio / Grossrätin

Wydackerstrasse 8

3052 Zollikofen

Mobile: 079 687 52 75

E-Mail: mirjamveglio@swissonline.ch

Vizepräsidium SP Kanton Bern

Tanja Bauer / Grossrätin

Gurtenbrauerei 80

3084 Wabern

Mobile: 079 203 27 20

E-Mail: tanja.bauer@bluewin.ch

Margrit Junker Burkhard / Grossrätin

Oberfeldweg 20

3250 Lyss

Mobile: 079 377 75 21

E-mail: jubuly@besonet.ch

Matteo Langenegger

Länggassstrasse 101

3012 Bern

Mobile: 079 640 69 39

E-Mail: matteo.langenegger@hotmail.com

Cédric Némitz

Flurweg 16

2504 Biel/Bienne

Mobile: 078 607 08 46

E-Mail: cedric.nemitz@gmail.com

SP Frauen Kanton Bern

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
Postfach 2947, 3001 Bern
www.frauen.spbe.ch
E-Mail: frauen@spbe.ch

Co-Präsidium SP Frauen Kanton Bern

Kornelia Hässig Vinzens / Grossrätin
Fischerstrasse 14
3052 Zollikofen
Mobile: 079 782 89 86
E-Mail: k.haessig@hotmail.com

Clara Wyss
Viktoriastrasse 87
3013 Bern
Mobile: 076 319 96 56
E-Mail: clara.wyss@gmail.com

Präsident SP 60+ Kanton Bern

Paul Zaugg
Ringoldswilstrasse 222
3656 Tschingel ob Gunten
Mobile: 079 702 09 17
E-Mail: zgqpm@bluewin.ch

SP MigrantInnen Kanton Bern

www.migrantinnen.spbe.ch/
E-Mail: migrantinnen@spbe.ch

Co-Präsidium SP MigrantInnen

Iwan Kolak
Bürenstrasse 22
3297 Leuzigen
Mobile: 079 153 53 18
E-Mail: ivan.kolak@unia.ch

Belinda Nazan Walpoth
Balmerstrasse 12
3006 Bern
Mobile: 079 311 15 91
E-Mail: nazan.walpoth@insel.ch

Co-Präsidium JUSO Kanton Bern

Tanja Blume

Mobile: 079 932 78 83

E-Mail: tblume02@gmail.com

Vinzenz Binggeli

Mobile: 078 682 83 87

E-Mail: vinz.binggeli@gmail.com

SP Schweiz

Theaterplatz 4, 3011 Bern

Postfach, 3001 Bern

Tel. 031 329 69 69

www.spschweiz.ch

E-Mail: sekretariat@spschweiz.ch